

ORH-Bericht 2006 TNr. 39

Personalkosten des medizinisch-technischen Dienstes der Universitätsklinik

Jahresbericht des ORH

Bei den Personalkosten des medizinisch-technischen Dienstes der bayerischen Hochschulklinika hat der ORH erhebliches Potenzial für Wirtschaftlichkeitsverbesserungen festgestellt. Organisationsmängel in der Physiotherapie führen zu Erlösausfällen.

Beschluss des Landtags vom 17. April 2007 (Drs. 15/7950 Nr. 2 t)

Die Staatsregierung wird gem. Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht, im Hinblick auf die vom ORH dargelegten Optimierungspotenziale eine sachgerechte Personalbedarfsermittlung des medizinisch-technischen Dienstes der Universitätsklinik sicherzustellen. Die physiotherapeutischen Einrichtungen an den Hochschulklinika sind mit einer einheitlichen Leistungserfassung und zentral zu organisieren, um die vom ORH dargelegten Erlösausfälle künftig zu vermeiden. Dem Landtag ist bis 30.11.2007 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 8. Januar 2008 (IX/8-H4161.0-9a/32 569)

Das Staatsministerium teilt mit, dass die Universitätsklinik für den Bereich des medizinisch-technischen Dienstes die IneK-Kalkulationsdaten als Vergleichsmarke zugrunde legen und sich daran orientieren. Inzwischen seien die vom ORH geforderte einheitliche Leistungserfassung und Dokumentation für die physiotherapeutischen Einrichtungen an allen Hochschulklinika eingeführt worden. Bis jetzt sei die Physiotherapie nur am Klinikum der LMU und am Universitätsklinikum Regensburg zentral organisiert. Die Standorte München rechts der Isar und Würzburg würden sich noch in der Umsetzungsphase befinden. Die Einrichtungen der Physiotherapie seien dort nur zum Teil zentralisiert. Beim Klinikum Erlangen prüfe derzeit die Innenrevisi- on die Zentralisierung der Physiotherapie.

Anmerkung des ORH

Die von den Universitätsklinika gewählte Ermittlung des Personalbedarfs für den medizinisch-technischen Dienst ermöglicht den Vergleich mit anderen Krankenhäusern. Die inzwischen bei allen Einrichtungen der Physiotherapie der bayerischen Hochschulklinika eingeführte einheitliche Leistungserfassung und Dokumentation sind positiv zu bewerten. Der unterschiedliche Grad der Zentralisierung der Physiotherapie bedarf jedoch der weiteren Beobachtung.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und
Finanzfragen**
vom 11. Juni 2008

Die Staatsregierung wird ersucht, über den Fortschritt der Zentralisierung der physiotherapeutischen Einrichtungen an den bayerischen Universitätsklinika bis zum 30.11.2008 erneut zu berichten.

**Stellungnahme des Staats-
ministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst**
vom 27. Januar 2009
(C 8-H4233-9a/34 935/08)

Das Staatsministerium berichtet zum Stand der Zentralisierung der physiotherapeutischen Einrichtungen an den bayerischen Hochschulkrankenhäusern Folgendes: Zu den bisher zentral organisierten Einrichtungen an den Universitätsklinika Regensburg und LMU sei nun die Physiotherapie des Klinikums rechts der Isar hinzugekommen. Am Universitätsklinikum Würzburg sei geplant, dass mit der Inbetriebnahme des Zentrums für Innere Medizin (ZIM) im Sommer 2009 die bisher im Zentrum für Operative Medizin (ZOM) organisierte Physiotherapie auf alle Fachabteilungen des ZIM erweitert wird. Die physiotherapeutischen Einrichtungen der übrigen Bereiche sollen bei der Unfallchirurgie zentralisiert werden. Im Universitätsklinikum Erlangen soll vorerst die fachliche Zentralisierung durch Einstellung eines Facharztes für physikalische und rehabilitative Medizin vollzogen werden. Nach Ausscheiden des Leiters der selbstständigen Unfallchirurgischen Abteilung soll die vollständige Zentralisierung erfolgen.

Anmerkung des ORH

Die bisherige Entwicklung bei der Zentralisierung der physiotherapeutischen Einrichtungen ist zu begrüßen. Die weiteren Schritte bis zur vollständigen Zentralisierung der Physiotherapie in Würzburg und Erlangen sollten in künftigen Aufsichtsratssitzungen thematisiert werden.

**Beschluss des Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

vom 28. Mai 2009

Kenntnisnahme.